

...an dem man sich reiben kann

Wie es gelingen kann, die divergierenden Interessen in Sachen Schulstruktur zusammenzubringen

Der bislang parteiübergreifende Beschluss lautet – bei aller Unterschiedlichkeit im Detail –, wenn man ihn direkt für die Eltern übersetzen wollte: Liebe Eltern, die ihr Sorge um euer Kind habt, dass es im Stress unter G8 ein Teil seiner Kindheit einbüßt, gebt es doch auf die Stadteilschule. Dort hat es doch ein Jahr mehr Zeit.

Diese Einschätzung unter-

Konkurrenz und nicht auf Solidarität aufbaut, kann man von den Eltern nicht erwarten, dass sie wissentlich ihr Kind in eine Bildungseinrichtung geben, die durch die soziale Zusammensetzung das Lernen erschwert und nachweislich nicht zu den gleichen Ergebnissen führt wie das Gymnasium (s. KESS 12/13). Und selbst die aufgeklärteren Eltern (Lehrer_innen!) sind eben nicht bereit, ihr Kind auf dem Altar einer hehren Idee zu opfern!

Von daher kann das 2-Säulen-Modell nicht funktionieren. Es wird die soziale Spaltung perpetuieren und sich angesichts der jüngsten Entwicklung (käme es zu einer Öffnung in Richtung G9) noch verschärfen.

Auch nicht, wenn man durchsetzen könnte, dass an den Gymnasien die Inklusion und Berufsorientierung Einzug halten müsste. Das kompensiert keinesfalls den o.g. systemischen Konflikt.

Aus diesem Grund ist der jetzt von der GEW auf den Weg gebrachte Vorschlag nicht nur der richtige, sondern vielleicht der einzig gangbare Weg.

Wo, wenn nicht in einem Stadtstaat wie Hamburg, ließe sich so etwas besser organisieren? Es ist absurd eine Oberstufe zu haben, in der so getrennt wird, wie bisher. Aufgrund des großen Leistungsspektrums auch und gerade in den Gymnasien und dem Umstand, dass das Leistungsniveau an bestimmten Gymnasien sich

nach KESS12/13 zu 60 Prozent mit dem an manchen Stadtteilschulen überschneidet, bietet sich die vorgeschlagene Differenzierung in G8-10 doch geradezu an. Dies entspräche einer Situation an den Gymnasien, die ja einen nicht geringen Teil ihrer Schüler_innenschaft in ‚alten Tagen‘ qua so genannter ‚Ehrenrunde‘ – diesen euphemistischen Begriff brauchte man, um die Kränkung zu verdrängen – auch nur in 14 Jahren zum Abitur gebracht hat. Darüber hinaus wäre dies eine Rückkehr zu einem Einführungsjahr – diesmal allerdings optional –, das es, der Oberstufe vorgeschaltet, im alten System an den Aufbau- und beruflichen Gymnasien gab. Darüber hinaus wäre in den geschaffenen großen Systemen über das Kurssystem eine Ausdifferenzierung möglich, in die Dinge wie Auslandsschuljahr, ‚soziales Jahr‘ oder die ‚Weltumsegelung‘ – die jetzt doch viele nach dem Schnelldurchlauf in 12 Jahren machen - integriert werden könnten.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Vorschlag soll die bisherige Struktur in Stadteilschule und Gymnasium nicht in Frage stellen. Ob und inwieweit es unter der Voraussetzung der Systeme zu einer Konvergenz der beiden Säulen kommen könnte, muss die Zukunft entscheiden.

Wir haben die schulpolitischen Sprecher_innen der Bürgerschaftsfraktionen, den mittlerweile fraktionslosen Abgeordneten Walter Scheuerl und die Initiatorin von G9, Mareile Kirsch, gefragt, was sie von unserem Vorschlag halten. Das dokumentieren wir im Folgenden.

JOACHIM GEFFERS

Die Reihenfolge erfolgte nach Eingang der Stellungnahmen



schätzt die Dimension des Problems, weil sie die objektive Spaltung der Gesellschaft in Bildungsorientierte und von Bildung Abgekoppelte ignoriert. Die bildungsorientierten Eltern entscheiden aus Angst vor dem sozialen Abstieg; das ist systemimmanent betrachtet folgerichtig. Da unser System auf



„Machbar ist es“

Weg mit dem „Maulkorb“ Schulfrieden

Stellungnahme von Sabine Boeddinghaus, schulpolitische Sprecherin ‚Die Linke‘

Sehr begrüßenswert an dem GEW - Vorschlag ist aus meiner Sicht die Klarstellung, dass eine erneute grundlegende Diskussion um die richtige Ausrichtung unseres Schulsystems dringend notwendig ist und damit das offizielle Ende des sogenannten «Schulfriedens» ausgerufen werden muss.

Genau betrachtet soll der von SPD, CDU, Grüne und FDP konstruierte «Schulfrieden» lediglich der Disziplinierung aller Kritiker_innen des 2-Säulen-Modells dienen. Auf wenigstens zehn Jahre angelegt, ging dem Modell früher die Luft aus, als selbst von den schärfsten Gegner_innen prognostiziert.

Nicht nur die bereits zahlreichen Schulgesetzänderungen der Erfinder dieses «Schulfriedens», sondern auch die Erkenntnis, dass die soziale Spaltung durch die Zwei-Säuligkeit verstärkt und nicht gemindert wird sowie die derzeit heftig stattfindende Diskussion um G8/G9 an den Gymnasien entlarven dieses parteipolitische Stillhalteabkommen als untauglich. Klar ist doch schon lange, dass es unter den

gegebenen sozial ungerechten und unzureichenden Rahmenbedingungen keinen Schulfrieden geben kann!

Das Konzept einer Schulform übergreifenden Oberstufenreform, nach der mehr individuelle Lernzeit bis zum Abschluss eingeräumt werden soll, ist sehr charmant und durchaus realisierbar. Bereits die Volksinitiative Eine Schule für Alle hatte in ihrem Gesetzesentwurf eine modularisierte Oberstufe skizziert.

Die wahre Herausforderung jeder Diskussion um eine bessere, geruhsamere und vor allen Dingen sozial gerechtere Schule ist und bleibt aber die Organisation der Mittelstufe. Und hier liegt auch beim GEW-Vorschlag reichlich Zündstoff, wenn er eine gemeinsame Sekundarstufe I für alle fordert.

Niemand kann übersehen, dass sich die beiden «Säulen» Stadtteilschule und Gymnasium zueinander verhalten wie zwei kommunizierende Röhren: Nimmt man bei der einen eine (strukturelle) Veränderung vor, hat das unmittelbare Auswirkungen auf die andere.

Wenn also alle Gymnasien das Abitur wieder nach 9 Jahren einführen, verlieren die Stadtteilschulen ihr profiliertestes Alleinstellungsmerkmal (der längeren Schulzeit bis zum Abitur) und

geraten bei den Eltern (als dann die 3. Säule) noch weiter ins Hintertreffen. Da von «gleichberechtigten» Säulen in der Fläche bisher schon nicht die Rede sein kann, wäre diese Entwicklung das endgültige Aus für das «Zukunftsmodells» Stadtteilschule. Die Hoffnung der Befürworter_innen des 2-Säulen-Modells, auch sogenannte bildungsnahe Eltern für die Vorzüge der Stadtteilschule zu begeistern, wäre zerschlagen.

Worum geht es bei dieser Debatte? Wirklich nur um ein zusätzliches Schuljahr am Gymnasium oder schon eher um die Durchsetzungsfähigkeit von Eltern, die Kompetenz, Zeit und Mittel haben, ihre Interessen so zu vertreten, dass sie damit die Regierenden in arge Bedrängnis bringen? Die SPD fürchtet nämlich nichts mehr als eine neue liche Schulstrukturdebatte, noch dazu im kommenden Bürger-schaftswahlkampf!

Ich möchte diese Debatte nutzen, um erstens alle zu ermuntern, die Strukturdebatte mit der inhaltlichen Weiterentwicklung unseres Bildungswesens zu verknüpfen und darüber zu streiten, welchen Stellenwert Bildung heute aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen haben muss. Und zweitens um deutlich zu machen, dass das 2-Säulen-



Modell soziale Ungleichheit reproduziert, ja verstärkt, was politisch allerdings auch von vielen genau so gewollt ist! Der Schritt von der Mehrgliedrigkeit zur Zweigliedrigkeit verstärkt die soziale Spaltung nachweislich dramatisch.

Wären beide «Säulen» wirklich gleichberechtigte Alternativen und im Ansehen bei Hamburgs Eltern ebenbürtig, könnten doch alle Schülerinnen und Schüler, denen es am Gymnasium zu schnell und zu stressig ist, hoch erhobenen Hauptes an die Stadtteilschule gehen und ihre gewonnene Freizeit außerschulisch nutzen.

Die Stadtteilschule ist aber, wie die aktuellen Anmeldezahlen zeigen, für immer mehr Eltern keine Option. Je nach Herkunft, Bildungshintergrund und sozialem Status begreifen die einen das Gymnasium als Chance für ihre Kinder auf sozialen Aufstieg und fürchten die anderen den Besuch der Stadtteilschule als Stigmatisierung und sozialen Abstieg. Der Kampf um gemeinsames bzw. strikt getrenntes Lernen ist leider immer auch ein Klassenkampf, nach dem Motto: da wo ein « Oben » ist, muss auch ein « Unten » sein.

Deswegen muss aus meiner Sicht eine Neuorganisation der Lernzeit in der Oberstufe, so wie es GEW und im Übrigen auch

DIE LINKE fordern, verbunden werden mit einer Neuausrichtung der Mittelstufe und zwar an allen weiterführenden Schulen: Mit einer gemeinsam getragenen Verantwortung für eine gelingende Inklusion an Stadtteilschule und Gymnasium und mit dem Verbot des Abschlusses nach der 6. Klasse (und im weiteren Verlauf der Sekundarstufe I) vom Gymnasium an die Stadtteilschule.

Gleichzeitig möchte ich mit diesem Beitrag anregen, Soziales Lernen, Soziale Kompetenz und Teamfähigkeit als feste Bestandteile der Bildungspläne so wichtigen Fächern wie Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen gleichrangig an die Seite zu stellen. Dies nicht mehr nur in einzelnen Jahrgängen und Schulen, sondern flächendeckend und nachhaltig! Dann könnte das Lernen in inklusiven Klassen zum Markenzeichen guter Schulen werden, egal wie sie am Ende hießen!

Ich meine, dass Parteien hier eine große gesellschaftliche Verantwortung tragen und meinungsbildend in die Bevölkerung/Elternschaft hinein wirken müssen.

Die politisch Handelnden, Parteivertreter_innen wie auch Bürger_innen, die eine Volksinitiative repräsentieren, müssen die grundlegende Frage

beantworten, in welcher Gesellschaft wir alle leben wollen und welche Vor- und Menschenbilder die nachwachsende Generation wertzuschätzen lernen sollte.

Wir wissen aus vielen integrativ arbeitenden Schulen - und Hamburg hat hier eine großartige Tradition -, dass das gemeinsame Lernen nicht zu Vereinheitlichung und Gleichmacherei beiträgt, sondern ganz im Gegenteil zu Respekt vor Vielfalt und Toleranz von Andersartigkeit.

Ich möchte all diejenigen aufrufen, die sich in der Vergangenheit aktiv an dieser Entwicklung beteiligt haben, sich wieder in diesen, aus meiner Sicht so dringend notwendigen Diskurs einzubringen und viele andere mit ihrer Überzeugung und Begeisterung anzustecken!

Schon jetzt ließen sich in diesem Sinne Kooperationen von Stadtteilschulen und Gymnasien organisieren und in regionalen Schulentwicklungsplänen realisieren, und zwar zum Vorteil aller Kinder und Jugendlichen.

Kurz und gut und anknüpfend an den Anfang: Echter Schulfrieden wird erst möglich mit der Überwindung des 2-Säulen-Modells in einem inklusiven Schulwesen! Machbar ist es. Der GEW Vorschlag zeigt in die richtige Richtung. <<

Wer wird unser Alexander oder Alexandra die Große?

Der Ausdruck **Gordischer Knoten** bezeichnet ursprünglich kunstvoll verknotete Seile, die einer griechischen Sage nach am Streitwagen des phrygischen Königs Gordios befestigt waren. Sie verbanden die Deichsel des Wagens untrennbar mit dem Zugjoch. Bekannt wurde der aus dem Bast der Kornelkirsche bestehende Knoten, weil Alexander der Große ihn mit seinem Schwert durchschlagen haben soll. Quelle: wikipedia



Foto: h/z

Nur diese Suppe schmeckt

Untauglicher Versuch

Stellungnahme von Walter Scheuerl, fraktionsloser Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft

Der Vorschlag der GEW, der Debatte um eine Wiedereinführung von G9-Angeboten in Hamburg mit einer „Sekundarstufe I für alle“ und einer anschließenden flexiblen Sekundarstufe II zu begegnen, ist ein untauglicher Versuch, die „Schule für alle“, die mit dem Scheitern des Volksbegehrens „Eine Schule für Alle“ im Herbst 2008 eine klare Absage durch die Hamburgerinnen und Hamburger erfahren hat, jetzt durch die Hintertür einzuführen. In der Sache selbst ist der Vorschlag der GEW jedoch vom gedanklichen Ansatz her verfehlt.

Der Vorschlag der GEW wird neben dem Ziel der „Schule für alle“ ausdrücklich damit begründet, dass in der Sekundarstufe II eine umfassende Reform nötig sei. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die Sekundarstufe II arbeitet sowohl an den Gymnasien als auch an den Stadtteilschulen bzw. früheren Gesamtschulen vorbildlich. Die KESS 13-Studie hat ergeben, dass jedenfalls die mit dieser Studie abgefragten „Kompetenzen“ der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II deutlich gesteigert werden konnten und

die erzielten Lernzuwächse im Vergleich zu den Lernständen in der Sekundarstufe I deutlich besser waren. Für Kenner der Materie ist das keine Überraschung. Denn die Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen haben (von Ausnahmen abgesehen) mit dem Eintritt in die Sekundarstufe II erstmals eine durchgehende echte äußere Differenzierung und einen Unterricht mit gymnasialem Anspruch erlebt.

Die eigentlichen Probleme der Stadtteilschulen in der Sekundarstufe I hängen mit der unzureichenden äußeren Differenzierung in der Sekundarstufe I zusammen und nicht damit, dass die Stadtteilschulen zu viele Inklusionsschüler_innen hätten, was der GEW-Vorschlag indes unterschwellig suggeriert, wenn er die Aufnahme zusätzlicher Inklusionsschüler_innen auch an den Gymnasien fordert. Es ist deshalb auch diese sachlich nicht angebrachte Verknüpfung der G8/G9-Debatte mit dem Schicksal der 2009 unter Schwarz-Grün beschlossenen Einführung der sog. Stadtteilschulen, die zu der gegenwärtig zu erlebenden Emotionalisierung der Debatte führt. Das Problem der Stadtteilschulen besteht in ihrem weitgehenden Verzicht auf eine hinreichende äußere Differenzierung in abschlussbezogene Klassen und Kurse in der Mittelstufe. Diese unzureichende äußere

Differenzierung ist es, die dazu führt, dass die Behauptung, die Stadtteilschulen würden ja schon ein „G9“ anbieten, von einzelnen Ausnahmeschulen mit echtem Gymnasialzweig abgesehen, schlicht irreführend ist.

Die eigentlichen Probleme des aktuellen Hamburger Schulsystems hängen damit zusammen, dass in der Schwarz-Grün-Koalition mit der Einführung der Stadtteilschulen im Primarschulpaketgesetz vom Oktober 2009 auch der Leistungsanspruch durch die Abschaffung der Möglichkeit des Sitzenbleibens und die Abschaffung der Möglichkeit der Abschlussschulung nach Jahrgangsstufe 7 reduziert wurde. Hinzu kommen noch die Maßnahmen, die Schulsenator Ties Rabe (SPD) seit seinem Amtsantritt im März 2011 umgesetzt hat:

- Reduzierung der Bildungspläne auf bloße „Kompetenzorientierung“
- Abschaffung der regelhaften neutralen, externen Zweitgutachten bei Abiturprüfungen
- Abschaffung der verbindlichen neutralen Zweitgutachten auch schulintern.

Man könnte es deshalb auch so ausdrücken: „Das eigentliche Problem der Hamburger Schulen sitzt, wie so oft in den letzten Jahren, auf dem Ledersessel des Schulsenators.“

Eine Wiedereinführung von G9-Gymnasien ist wegen einer längeren Lernzeit theoretisch



mit Chancen für eine vertiefte gymnasiale Bildung verbunden. Angesichts der politischen Ausgangslage in Hamburg birgt sie aber für Hamburg auch Risiken. Denn solange Schulsenator Rabe oder andere Vertreter seiner schulpolitischen Ausrichtung mit dem Hang zur „Schule für alle“ in der Schulbehörde das Sagen haben, solange besteht die Gefahr, dass ein „G9“ nur als Vehikel zu weiterer Nivellierung der Leistungsanforderungen und langfristig zur Auflösung von Gymnasien missbraucht wird.

Für ein gutes G9 bräuchte es also

- eine/n andere/n Schulsenator/in und
- eine gänzlich andere, wissens- und leistungsorientierte Ausrichtung der Schulpolitik
- Bildungspläne, die den Namen verdienen
- die Möglichkeit des Sitzenbleibens
- die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen in beide Richtungen.

Es ist überdies falsch zu behaupten, durch das Volksgesetzgebungsverfahren über eine Wiedereinführung des 9-stufigen Gymnasiums (G9) mit einem Abitur in der 13. Klasse sei der „vielfach beschworene Schulfrieden“ in Gefahr, wie es der GEW-Vorschlag in seiner Begründung nahelegt. Die Unterzeichnung der parteipolitischen Vereinbarung zwischen drei Parteien: SPD, CDU und GAL (GRÜNE) am 3. März 2010 war seinerzeit nicht mehr als ein parteipolitischer Primarschulpakt (Hamburger Abendblatt), ein Mogel-Schulfrieden (ZEIT), mit dem sich drei der damaligen Bürgerschaftsparteien (ohne LINKE) für die Kampagne zum

Volksentscheid gegen die Primarschule gegen das Elternnetzwerk «Wir wollen lernen!» zusammenschlossen und hinter die Primarschul-Pläne stellten. Die GAL (GRÜNE) sagte sich bereits wenige Tage nach dem Volksentscheid von der Vereinbarung los und die LINKE fühlte sich nie an das Papier gebunden. Die SPD und Senator Rabe betreiben unterdessen parallel zu den aktuellen Entwicklungen

seit dem erfolgreichen Volksentscheid gegen die Primarschule ihr schon 2007 in der Enquete-Kommission ausdrücklich protokolliertes Bekenntnis zu einer „Schule für alle“ weiter und sprechen dabei von einer inneren Entwicklung der Schulen. In dieser schleichenden Entwicklung liegt die eigentliche Gefahr für das Hamburger Schulsystem und die Zukunft der Hamburger Schülerinnen und Schüler. <<

G9 – kein Rollback

Als vor zehn Jahren der forsche Konteradmiral Lange als frischgebackener FDP-Schulsenator in der von Beust/Schill-Koalition mit an der Spitze der Kultusminister stand, die mit Verve das 12-jährige Abitur per Dekret durchsetzten, weil – so unisono – andernfalls die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Spiel stände, gab es allerorten genügend Claqueure für diese Maßnahme. Wer seinerzeit noch voll auf dem Ticket der neo-liberalen Reformen fuhr, muss hier nicht einzeln genannt werden – nur so viel, dass es doch keine unbedeutende Zahl an Leuten gab – auch aus den eigenen Reihen –, die heute voller Überzeugung für das G9 eintreten.

Heute ist klar, was mit dieser Entscheidung so manchem Kind und Jugendlichen angetan wurde und wird. Der Raub eines Teils der Kindheit wiegt schwer und kann auch nicht ansatzweise mit dem Argument, dass dies nun mal der Tribut an die Globalisierung sei, gerechtfertigt werden. Dieser technizistische Blick auf die Dinge, alles schlanker, effizienter und damit vermeintlich fortschrittsgerechter zu machen, entpuppt sich in sein Gegenteil: Junge gestresste Menschen, denen es abtrainiert wurde, über den Tellerrand zu blicken, sind gerade nicht die Garanten für eine menschlichere Zukunft. Es ist auch ein Tritt gegen all jene Generationen, die mindestens seit der Aufklärung dafür gekämpft haben, dass Bildung sich nicht nur als Anhängsel einer den wirtschaftlichen Erfordernissen geschuldeten Entwicklung versteht. Was also mit dem G8 geopfert wurde, war nichts weniger als das humanistische Bildungsideal. Auch wenn dieses als Perspektive ursprünglich sicherlich nicht für die breiten Volksschichten gedacht war, so haben sich Generationen von Menschen dafür eingesetzt, dass die „allseits gebildete Persönlichkeit“ sich nicht nur bei den Angehörigen der privilegierten Schichten entwickeln konnte. Somit würde man bei einer Rückkehr zu G9 auch all jenen gerecht, die seit jeher in emanzipatorischer Absicht für ein gerechteres Bildungssystem eingetreten sind.

JOACHIM GEFFERS



Nivellierung nach unten

Stellungnahme von Karin Prien, schulpolitische Sprecherin der CDU

Die Volksinitiative „G9-Jetzt-HH!“ fordert die unverzügliche, flächendeckende Umsetzung von G9 an allen Gymnasien. Die Realisierung dieser Forderung würde zu massiven Problemen im gesamten Hamburger Schulsystem, aber auch für die betroffenen Schüler_innen führen. Daher ist es richtig, die Debatte um G9 am Gymnasium möglichst breit und öffentlich zu führen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich den Vorschlag der GEW und bedanke mich für die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Ich hoffe, dass eine sachliche Diskussion und Prüfung der Argumente in den nächsten Monaten in allen Medien geführt wird.

Inhaltlich lehnt die CDU-Bür-

gerschaftsfraktion den Vorschlag der GEW ab. Er formuliert ganz klar das Ziel einer „Schule für alle“ und dieses Ziel wird von uns nicht geteilt. Die Folge der Einführung einer Schule für alle wäre nach meiner Überzeugung eine starke Nachfrage an den Privatschulen. Zudem wäre die Heterogenität an einer Schule für alle noch größer und würde zu einer Überforderung zumindest eines Großteils der Lehrer_innen führen. Da es nicht allen Unterrichtenden gelingen würde, jedem/r Lernenden individuell gerecht zu werden, wäre eine weitere Nivellierung nach unten zweifellos die Folge.

Zu den konkreten Vorschlägen der GEW

Reform der Sek II: Eine Sekundarstufe II, die in 2-4 Jahren durchlaufen werden kann, lehnen wir ab. Aus unserer Sicht sollten sich Gymnasium und Stadtteilschule durch ihren Bildungsauftrag und ihre Schülerschaft klar voneinander unterscheiden. Neben dem Bildungsauftrag ist ein wesentlicher Unterschied dabei die Dauer bis zum Erwerb des Abiturs.

Ausweitung der Inklusion auf die Gymnasien: Schon heute gibt es auch an den Gymnasien Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf – allerdings nur solche, die zielgleich beschult werden. Das finden wir richtig so. Würde

man diese Regelung aufweichen, hätte man in den Klassen 5 und 6 künftig auch am Gymnasium Schülerinnen und Schüler, die den gymnasialen Anforderungen nicht gerecht werden. Was sollte mit diesen Schülerinnen und Schülern nach Klasse 6 geschehen? In §42 Absatz (5) Hamburgisches Schulgesetz heißt es: „Für den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des Gymnasiums, in die Sekundarstufe II oder in eine andere Schulform ist erforderlich, dass die Schülerin oder der Schüler die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitarbeit in der gewählten Schulstufe oder Schulform erfüllt. Die Zeugniskonferenz stellt fest, ob die Voraussetzungen für den Übergang vorliegen. Ist nicht zu erwarten, dass die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs gewachsen sein wird, wechselt die Schülerin oder der Schüler in die Jahrgangsstufe 7 der Stadtteilschule.“ Es wäre nicht gerecht, diesen Paragraphen für Inklusionskinder außer Kraft zu setzen und für alle anderen Schüler nicht. Die Forderung ist somit nur mit einer Schule für alle in Einklang zu bringen und wird von uns daher abgelehnt.

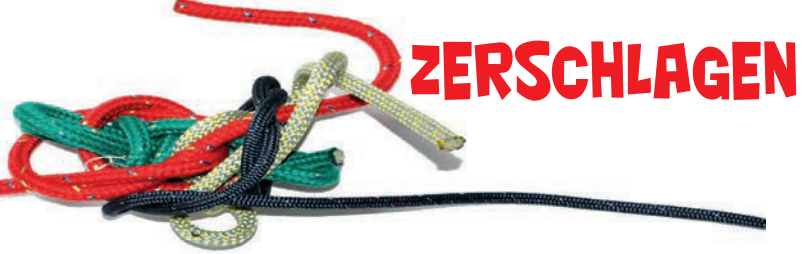
Ganztagsangebote an allen Schulformen: Ein Ganztagsangebot an allen Schulformen halten wir für richtig. Allerdings legen wir Wert darauf, dass es wohnortnahe Wahlmöglichkeiten zwischen Halbtagschulen, offenen Ganztagschulen und gebundenen Ganztagschulen gibt, um der individuellen Situation der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien gerecht zu werden.

Berufsorientierung an allen Schulformen: Es ist richtig, dass

Foto: HA



„Gegen eine Einführung der Einheitsschule durch die Hintertür werden wir uns politisch vehement zur Wehr setzen.“ (Karin Prien)



es an allen Schulformen eine Berufs- und Studienorientierung gibt. Allerdings muss sich die Ausgestaltung deutlich unterscheiden, da sich auch der Bildungsauftrag von Gymnasium und Stadtteilschule unterscheidet. Das Gymnasium wendet sich in erster Linie an die besonders leistungsstarken Schüler_innen und ist primär auf die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife ausgerichtet. Daher spielt die Berufsorientierung im Vergleich zur Studienorientierung eine

untergeordnete Rolle. Die Stadtteilschule dagegen führt je nach individuell geförderter Leistung, Neigung und Befähigung zur Erlangung des ersten oder mittleren Bildungsabschlusses, der Fachhochschulreife oder der allgemeinen Hochschulreife. Aus unserer Sicht hat die Stadtteilschule daher im besonderen Maße zur Berufs- und Studienorientierung ihrer Schüler_innen beizutragen.

Fazit: Die Forderungen der GEW sind nur stimmig innerhalb

eines Schulstrukturmodells, das keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Schulformen macht, sondern von einer Schule für alle ausgeht. Die CDU lehnt dieses Modell ab und spricht sich für die Beibehaltung des Zwei-Säulen-Modells aus. Wir sind davon überzeugt, dass zur Stärkung dieses Modells keine Angleichung, sondern eine klare unterschiedliche Profilierung beider Schulformen notwendig ist. <<

Keine vorschnelle Entscheidung

Stellungnahme von Lars Holster, schulpolitischer Sprecher der SPD

In der Debatte um die Rückkehr zum G9 an Hamburgs Gymnasien herrscht große Uneinigkeit. Sicher ist, dass eine Einführung von G9 – in welcher Form auch immer – an allen Hamburger Gymnasien unmittelbare und weitreichende Auswirkungen auf alle Schüler_innen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen und weiteres Personal der Gymnasien hätte. In der bestehenden Meinungsvielfalt darf es aus Sicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion daher keine vorschnelle Entscheidung am grünen Tisch und über die Köpfe der Betroffenen hinweg geben.

Deswegen wollen wir ein Meinungsbild der gymnasialen Schulkonferenzen einholen, die als wichtigstes innerschulisches Gremium maßgeblich an jeder schulpolitischen Entscheidung beteiligt sind. Darüber hinaus laden wir alle weiteren schulischen Gremien, Organisationen, Elternräte an Grundschulen

und Stadtteilschulen, aber auch Elternvertretungen von Kitas und Einzelpersonen ein, sich mit einer Stellungnahme an die Schulbehörde (g8g9@bsb.hamburg.de) zu wenden. Wir wollen genau in die Stadt hineinhören, um in der widersprüchlichen Stimmungslage zwischen Volksinitiative und Umfrage für das neunjährige Gymnasium auf der einen und kritischen Stellungnahmen von schulpolitisch Beteiligten auf der anderen Seite zu einem aussagekräftigeren Meinungsbild zu gelangen. Alle Stellungnahmen werden wir transparent auswerten und die Ergebnisse gemeinsam mit allen Fraktionen besprechen. Selbstverständlich würden wir auch die Volksinitiative „G9-Jetzt-HH“ hierzu einladen.

Mit diesem Vorgehen greifen wir auch die Vorschläge von CDU und Grünen zur Beteiligung der Schulkonferenzen der Gymnasien auf. Beide Positionspapiere mit detaillierten und



Foto: SPD

„Wir sind davon überzeugt, dass das Zwei-Säulen-Modell für Hamburg der beste Weg ist.“ (Lars Holster)

weitreichenden Vorschlägen sind sehr anerkennenswert. Auch der Vorschlag der GEW fordert eine breite Diskussion und greift wichtige Aspekte auf.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion steht uneingeschränkt zum Zwei-Säulen-Modell in Hamburg. Wir haben uns damals auf



breiter Basis für dieses System mit starken Gymnasien und starken Stadtteilschulen entschieden, in dem sich jede und jeder wiederfinden kann. Wenn man dieses System ändern will, muss man sich über die Konsequenzen im Klaren sein. Egal ob G9 an den Gymnasien oder eine Schule für alle – wir würden damit weitreichende Veränderungen in unserer etablierten und funktionierenden Schulstruktur vornehmen. Jede Schulreform ist eine Operation am offenen Herzen. Jede Schulreform bindet Zeit und Ressourcen, die ansonsten für guten Unterricht und damit einhergehend die stetige Verbesserung der Unterrichtsqualität sowie die Weiterentwicklung von Schulprofilen und -angeboten genutzt werden können. Guter Unterricht muss ein zentrales Anliegen jeder Bildungspolitik sein. Zur Erreichung dieses Ziels brauchen wir neben der Unterstützung durch die Politik und die vielen Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben, auch ein Stück weit Kontinuität und Planungssicherheit. Aus die-

sem Grund haben wir mit CDU und Grünen (damals noch GAL) den Schulfrieden geschlossen.

Natürlich schließt das Verbesserungen nicht aus. Hier haben wir nicht zuletzt mit dem Rahmenplan Schulbau für spürbare Verbesserungen gesorgt. Für rund 700 Mio. Euro sanieren wir bis 2019 die Schulgebäude der Stadtteilschulen. 13 Schulen werden komplett oder weitgehend neu gebaut, weitere 14 werden erheblich saniert oder erweitert. Auch personell haben wir in den letzten Jahren bei den Stadtteilschulen stark aufgestockt: 8,9 Pädagoginnen und Pädagogen kommen hier durchschnittlich auf 100 Schülerinnen und Schüler. Bei den Grundschulen sind es 8,4 Pädagoginnen und Pädagogen, bei den Gymnasien sogar nur 6,7. Gleichzeitig unterstützen wir im Rahmen von „Starke Schule“ gezielt die Stadtteilschulen, die sich in sozial stark belasteten Stadtteilen befinden.

Die massive Ausweitung der Oberstufenangebote an den Stadtteilschulen von 22 auf 47 Oberstufen in dieser Legislatur-

periode brachte auch viele Gymnasiallehrerinnen und -lehrer, die selbstverständlich auch in der Sekundarstufe I unterrichten, an die Stadtteilschulen. Dieser „Lehrermix“ unterstreicht nach außen die Leistungsorientierung der Stadtteilschule und die Orientierung hin zum Abitur. Für bildungsorientierte Eltern ist dies ein wichtiger Faktor bei der Schulwahl. Die gerade erfolgreich in den Stadtteilschulen eingerichteten Oberstufen wieder auszugliedern, wie es der Vorschlag der GEW verlangt, würde bedeuten, ihnen auch die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer wieder wegzunehmen. Das würde den Stadtteilschulen schaden.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt weiterhin auf starke Gymnasien und starke Stadtteilschulen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Der nächste Schritt in der Debatte um G8 und G9 ist für uns die Auswertung der Stellungnahmen. Grundsätzlich kann es für uns nur eine Lösung unter Beteiligung aller geben. <<<

Foto: Die Grünen



Das 2-Säulen-Modell als Realität anerkennen

Klingt vielversprechend

Stellungnahme von Stefanie von Berg, schulpolitische Sprecherin der Grünen

Wir GRÜNE setzen uns seit vielen Jahren für Eine Schule für Alle ein und haben dazu unser Konzept „9 macht klug“ entwickelt. Das gemeinsame längere Lernen ist nach wie vor auch unser Ziel. Dazu gehört auch die Neue Lernkultur, also individu-

alisiertes Lernen anstatt Lernen im Gleichschritt. Viele Hamburgerinnen und Hamburger haben beim Volksentscheid 2010 für unser Konzept der Primarschule gestimmt – gewonnen haben allerdings mit geringer Mehrheit die Gegnerinnen und Gegner.



Dies hat die schulpolitische Situation in Hamburg stark geprägt und verändert.

Das jetzige 2-Säulen-Modell entspricht nicht dem GRÜNEN Konzept, ist aber nun Realität in Hamburg. Die Schulen sagen immer wieder, dass sie nun vor allem eines brauchen: Ruhe. Unser Interesse muss es daher auch sein, den Schülerinnen und Schülern im bestehenden System gute Lernbedingungen zu ermöglichen und sie zu unterstützen. Wir als politische Partei wollen Strukturen schaffen, die soziale Ungleichheiten reduzieren. Aktuell sehen wir uns einer Elterninitiative gegenüber, die mit ihren Forderungen chaotische Zustände an allen weiterführenden Schulen auslösen wird. Es gilt daher, die Umsetzung dieser Forderungen

zu verhindern. Daher auch unser Kompromissvorschlag einer gedeckelten Einführung des G9 an einigen wenigen Gymnasien auf Beschluss der jeweiligen Schulkonferenz, verbunden mit der Forderung, dass sich diese Gymnasien an der Umsetzung der Inklusion beteiligen müssen.

Die Eckpunkte der GEW für eine Reform in Richtung gemeinsamer Oberstufen begrüßen wir sehr. Wir hatten bereits im vergangenen Jahr einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die Kooperationen zwischen den Oberstufen forderte (Drs. 20/6928). Auch der jahrgangsübergreifende bzw. flexible Lernweg überzeugt uns. Wir halten ihn schon jetzt in der Grundschule und der Mittelstufe für eine überlegene Unterrichtsform und können ihn uns auch für die

Sekundarstufe II vorstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Neue Lernkultur gezielt gefördert werden, damit alle Schülerinnen und Schüler individualisiert lernen können.

Eine flexible Sekundarstufe II klingt vielversprechend und interessant. Auch wenn einige Fragen noch zu klären wären und Details bedacht werden müssen: In jedem Fall lohnt es sich, über neue Ideen ins Gespräch zu kommen. Unerlässlich ist jedoch eine größtmögliche Beteiligung von allen, deren Lebens- oder Arbeitsort die Schule ist. Wir würden uns freuen, wenn der Vorschlag der GEW dort breit diskutiert würde – denn Veränderungen müssen von unten wachsen und nicht von oben verordnet werden. <<

Wir brauchen eine größere Durchlässigkeit

Stellungnahme von Anna von Treuenfels, schulpolitische Sprecherin der FDP

Die GEW hat Recht, finde ich, gleich mehrfach: Mehrere Hamburger Bürgerschaftsparteien schlingern in der Debatte um die künftige Hamburger Schulstruktur ganz erheblich, die regierende SPD vorn weg. Erst wollten die Genossen nichts wissen von einer wie auch immer gearteten Wiedereinführung des G9 an den Gymnasien. Doch je lauter der Pressewirbel um die „G9-jetzt-HH“-Initiative wurde, umso weicher wurde die Position der Sozialdemokraten. Jetzt sollen sich erst mal die Schulkonferenzen äußern, entschied der Schulsenator – immer gut, die

Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Aber das ist auch Vertagung und Wiedervorlage als Mittel der politischen Taktik.

Noch viel krachender sind CDU und Grüne umgefallen: Die lange Zeit wiederholten Schwüre auf das Zwei-Säulen-Modell mit neun Jahren zum Abitur in der Stadtteilschule und acht im Gymnasium sind plötzlich nichts mehr wert. Aus Angst vor einem drohenden Volksentscheid brachte schwarz-grün unausgelegene Kompromissvorschläge in Umlauf: Schulfrieden adé zugunsten eines Kuddelmuddel von Optionen für

G8 oder G9, nebeneinander oder auch nicht, an der einen oder der anderen Schulform. Das, so meine ich, ist leichtfertige Politik nach Umfragelage. Und auch hier hat die GEW Recht: Diese unausgelegenen Ideen würden der Stadtteilschule ihr Alleinstellungsmerkmal nehmen, die Gymnasien überfordern und am Ende auf eine Rolle Rückwärts zum dreigliedrigen Schulsystem hinauslaufen.

Hamburg braucht aus Sicht der FDP gar keine neue Schulstrukturreform, die letztlich nur auf Kosten einer weiteren Schülergeneration und vieler El-



tern und Lehrer etabliert würde. Hier hat die GEW nach meiner Auffassung nicht Recht, auch aus mehreren Gründen: Die Einheitsschule ist weder ein nötiges noch ein realistisches Ziel. Sie passt – anders als in anderen europäischen Ländern mit anderen Sozialstrukturen – nicht in die gesellschaftliche und historisch gewachsene Schulandschaft Deutschlands. Sie würde das erfolgreichste Institut der Schulgeschichte in unserem Land, das Gymnasium, schleifen. Sie ist kein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, sondern zu absehbarer Bildungsverflachung. Und sie würde eben auch Schul-Unfrieden und tausende ‚Reformopfer‘ hinterlassen, wenn sie denn käme. Deshalb lehnen wir auch gemeinsame Sekundarstufen als Einstieg in die Einheitsschule ab.

Die FDP dagegen hält klaren Kurs: Wir stehen zum Zwei-Säulen-Modell, wollen seine Weiterentwicklung und Stärkung. Statt dem Druck zugunsten unnötiger Schulstrukturveränderungen nachzugeben, sollte der Schul-

senator nach unserer Auffassung endlich seine vielfach gemachten Ankündigungen in die Tat umsetzen und Maßnahmen zur Steigerung der Unterrichtsqualität ergreifen:



„Beitrag zu absehbarer Bildungsverflachung“ (Anna von Treuenfels)

Wir brauchen eine größere Durchlässigkeit zwischen Gymnasien und Stadtteilschulen, nicht nur am Anfang und am Ende (letzteres übrigens von der FDP in der Bürgerschaft durchgesetzt), sondern auch in der Mitte.

Wir brauchen weniger Unterrichtsausfall und klug gemachten, spannenden Unterricht von gut ausgebildeten Lehrern.

Wir brauchen konkretere Bildungspläne und auch entsprechend umgesetzte Curricula, gerade für die mittleren Klassenstufen der Gymnasien.

Wir brauchen eine Nachhilfeförderung, die diesen Namen verdient und eine erleichterte Möglichkeit der Klassenwiederholung.

Und wir brauchen Stadtteilschulen, die nicht länger mit unterausgestatteter Inklusion oder schlechten Raumkonzepten alleingelassen werden – auch hier hat die GEW aus Sicht der FDP wieder Recht.

Wir Liberale sind überzeugt: Der Weg zu mehr Schulqualität und Bildungsgerechtigkeit führt über Kontinuität und Verlässlichkeit in der Struktur, über Arbeit im Detail und Verbesserung der Rahmenbedingungen. Daran wollen wir gemeinsam mit Hamburgs Lehrern arbeiten. <<

Gleiche Kritik – unterschiedliche Lösungen

Stellungnahme von Mareile Kirsch – Initiatorin der Volksinitiative G9 – Jetzt !

Die GEW ist einer der wenigen Institutionen, die in Hamburg schon länger offen ausspricht, was 17 000 Unterzeichner der Volksinitiative mit ihrer Unterschrift und 70 Prozent der Hamburger bei der Umfrage des Hamburger Abendblattes in den letzten Monaten

kritisieren: „Das Abitur nach 12 Jahren ist eine gesellschaftlich vollkommen sinnlose Reform, die von einem ideologisch neoliberal gefärbten Bildungssektor... übereilt und ohne jede inhaltliche Vorbereitung durch die Bildungsbehörde organisatorisch umgesetzt wurde. Folge:

Gestresste Schüler- und LehrerInnen, besorgte Eltern.“ <http://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/hlz/ausgaben/hlz-gesamtausgabe-12-2013.pdf>

Die „Jubelmeldungen“ des Bildungsensors Ties Rabe über die guten Ergebnisse der G8 Abiturienten in der KESS



12 Studie seien „voreilig und ungerechtfertigt“, so kritisierte die GEW außerdem schon am 27.11.2012. Es entspreche „nicht der Wahrheit, dass die Schulzeitverkürzung zum Abitur (G 8) zu besseren Schulleistungen geführt“ habe: <http://bildungsklick.de/pm/86082/schulzeitverkuerzung-ist-und-bleibt-falsch/>

Die Kritik an den Jubelmeldungen wurde jetzt wissenschaftlich bestätigt: Die Behauptung über die angebliche Gleichwertigkeit und in Teilen Überlegenheit des G8 Abiturs wurde von Bildungswissenschaftlern widerlegt, die bei einer detaillierten Überprüfung der Abiaufgaben einen Abstieg der Anforderung des G8 Abiturs im Vergleich zum früheren G9 Abitur nachgewiesen haben. In Mathematik und Biologie war das Niveau des G8 Abiturs deutlich niedriger. <http://www.abendblatt.de/hamburg/article126381047/Mathe-Abitur-Niveau-in-Hamburg-sinkt-deutlich.html>

Volksinitiative und GEW sind sich also in der Kritik an den negativen Folgen des G8 für Bildungsqualität und Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen einig. Allerdings ziehen sie unterschiedliche Schlussfolgerungen, wie man die Probleme lösen kann.

Die GEW schlägt eine „Sekundarstufe I für alle“ vor, um auf diese Weise das Nebeneinander von 8jährigen Gymnasien und 9jährigen Stadtteilschulen abzulösen und den Streit um G8/G9 zu beenden. Die Sekundarstufe II soll je nach Bedarf zwei bis vier Jahre dauern. Der Vorteil: Dies Modell bietet ein Nebeneinander verschiedenen Geschwindigkeiten zum Abitur an, so wie es auch die Volksinitiative

fordert, allerdings zum Preis einer neuen großen Schulstrukturreform und der Einführung einer Einheitsschule bis Klasse 10.

Die G9 Volksinitiative fordert dagegen eine Verlängerung der Schulzeit der Gymnasien auf 13 Jahre -, aber auf Basis des bestehenden Schulsystems der zwei Säulen, Stadtteilschule und Gymnasium, zwischen denen Eltern frei wählen können. Beide Schulformen sind gleichwertig, aber nicht gleich. Beide Schulformen müssen die bestmögliche Bildung und Lebensqualität für ihre Schüler anbieten und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. An beiden Schulformen sollen SchülerInnen das Recht haben, das G9 zu wählen, so wie es Philologen, Lehrerverbände und Bildungsforscher empfehlen: Eltern – nicht Schulkonferenzen oder Politik – sollen dabei für ihre Kinder selbst zwischen G9 oder das G8 am Gymnasium entscheiden können, beraten von Lehrern. Das ist die Kernforderung der G9 Volksinitiative.

Der niedersächsische Philologenverband hat ein Modell für die Umsetzung des G9 an den Gymnasien vorgelegt, in dem er „die sofortige Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium fordert – denn alles andere als die Rückkehr zu G9 ist für unsere Schülerinnen und Schüler nicht länger zumutbar und alles andere wäre angesichts der insgesamt schlechten Erfahrungen mit G8 nicht vertretbar. Da hilft auch keine Flickschusterei mehr, wie sie Kultusministerin Heiligenstadt (SPD, Niedersachsen) vorhat, indem sie die Leistungsansprüche senken will, so als sei der Schaden nicht ohnehin schon groß genug. G8 hat keine

Zukunft mehr.“ http://phvn.de/images/GA_2SO_14.pdf

Das ist auch die Überzeugung der Volksinitiative G9-Jetzt-HH und vieler Eltern in Hamburg und bundesweit. „Last-Minute Entlastungen“ des G8 durch „Entkernen“ und Reduktion von Hausaufgaben lehnen sie ab, denn sie reduzieren die Qualität des G8 Gymnasiums noch weiter.

Mit seinem Umsetzungs-Modell kann nach Angaben des Philologenverbandes innerhalb weniger Monate auf G9 umgestellt werden, ohne großen Aufwand auch für die jetzigen Jahrgänge 5 bis 7. Dieses Modell verursache



„Volksinitiative und GEW sind sich in der Kritik an den negativen Folgen des G8 einig.“ (Mareile Kirsch)

„keine Kosten – im Gegenteil: Es schafft durch den Wegfall der höheren Stundenzahlen, im kommenden Schuljahr bereits in den Klassen 7 und 8, finanzielle Spielräume.“, so die Philologen.

Das G9 an Gymnasien bietet mehr Zeit für Vertiefung, nachhaltiges Lernen, Qualität der Bildung und Persönlichkeitsbildung, für Freiräume, selbstbestimmte Aktivitäten, Familienleben, Erholung und Lebensqualität. Bildung braucht Zeit. <<